

50
SWP
1962-2012

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit



Inhalt

Grußwort des Bundespräsidenten	7
Klaus Ritter Stiftung Wissenschaft und Politik: Start und erste Jahrzehnte! Die Institutionalisierung einer Innovation	8
Helmut Schmidt Ein Wort zum Fünzigsten	14
Michael Stürmer SWP 1988 – 1998: Ende des Kalten Krieges	15
Die SWP im Jahre 50	20
Richard von Weizsäcker Ein Wort zum Fünzigsten	24
Christoph Bertram SWP 1998 – 2005: Jahre des Umbruchs	25
Volker Perthes Forschung und Beratung aus Leidenschaft: Die SWP in ihrem fünfzigsten Jahr	31
Organe und Gremien der Stiftung	36
Impressum	38



Grußwort des Bundespräsidenten

Die Demokratie, in der wir leben, kann niemals vollkommen sein – aber sie ist stets lernfähig. Für diese Fähigkeit zur Selbstreflexion und Selbstkorrektur, die wir auch in der Wissenschaft erleben, braucht es unabhängige und fachlich versierte Politikberatung. Dafür steht seit nunmehr 50 Jahren die Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie hat die Bundesrepublik Deutschland auf ihrem Weg zu einem aktiven, gleichberechtigten und anerkannten Partner in der Welt begleitet und damit selbst ein Stück außenpolitische Zeitgeschichte geschrieben. Sie hat international Maßstäbe gesetzt und unsere Demokratie gestärkt.

Besonders gefreut hat es mich zu erfahren, dass es freie Geister im demokratischen Sinne waren, die von Beginn an in der SWP wirkten und bereits in den 1960er Jahren nach Wegen suchten, Sprachlosigkeit und Distanz zwischen Ost und West zu mildern und die Möglichkeiten und Spielräume der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu erweitern. Als ein Deutscher, der zu dieser Zeit unter totalitärer Diktatur lebte, bin ich dafür bleibend dankbar.

Der Bundestag, die Bundesregierung, meine Vorgänger im Amt des Bundespräsidenten und ich selbst – wir alle suchen und schätzen den Austausch mit der SWP. Wir wissen, dass wir in den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vom Ludwigkirchplatz kluge Gesprächspartner finden für einen vertrauensvollen und vorausschauenden Dialog. Und mehr noch: Die SWP bietet uns Raum für einen intensiven, auch parteiübergreifenden Austausch jenseits der Tagespolitik.

In einer als immer unübersichtlicher wahrgenommenen Welt braucht die Politik den Diskurs mit der Wissenschaft mehr denn je: etwa zur Orientierung im Irrgarten des Weltfinanzsystems, bei der Analyse der Folgen des Klimawandels, oder auch als erklärende und mahnende Stimme zu zahllosen Krisen und Konflikten. Vor allem aber auch als Impulsgeber für Europa, dieses Generationen übergreifende, zukunftsgerichtete Projekt.

Wir Deutsche haben die Verantwortung, die mit dem Glück der Vereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit und Frieden einhergeht, angenommen. Die Aufgaben, die uns daraus erwachsen, sind häufig umstritten, gelegentlich nicht klar zu erkennen und manchmal für einige furcht-einflößend. Gleichwohl kann sich die Politik nicht um die notwendigen Entscheidungen drücken, muss beständig handlungsfähig bleiben. Da ist es gut zu wissen, dass die Stiftung Wissenschaft und Politik unserem Land bei der Gestaltung seiner Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik wie auch als Akteur in einer globalisierten Welt weiterhin mit ihrem Rat zur Seite stehen wird. Die Stimme der SWP wollen wir im Konzert unserer Demokratie auch künftig deutlich vernehmen!

Joachim Gauck
Joachim Gauck

Klaus Ritter

»Stiftung Wissenschaft und Politik: Start und erste Jahrzehnte! Die Institutionalisierung einer Innovation«

Heute ist das »und«, das Miteinander von Wissenschaft und Politik im Titel der SWP, ein als unentbehrlich anerkanntes Faktum. Der Gegensatz von wissenschaftlicher Erkenntnis und »Ausübung von Macht« (Max Weber) hat in Deutschland eine lange Geschichte, worauf hier nicht einzugehen ist. Aber die Realisierung der SWP, die Anfang



der 1960er Jahre im Kontext des Kalten Krieges für die Bundesrepublik akut wurde, hatte mit einigem Geschick und namhaftem Zuspruch – zunächst von Seiten der USA – sehr erhebliche Hürden zu überwinden. Dazu bedurfte es einiger Erfahrung mit den Errungenschaften säkularer Wissenschaft wie auch den Ansprüchen und dem Bedarf der Politik an adäquater Beratung. Somit galt es, Unabhängigkeit wissenschaftlicher Arbeit institutionell zu wahren durch eine rechtlich private Gründung der SWP, bevor die Politik ins Spiel kam. Zum anderen war es geboten, sich auf das unterschiedliche Procedere von Wissenschaft und Politik essentiell einzulassen, um konstruktiv zu werden. Das war zu lernen und brauchte Zeit.

Dafür war Haus Eggenberg in Ebenhausen/Isartal abseits von Bonn eine gut gewählte und schrittweise ausgebaute Werkstatt oder ein »Gewächshaus« – wie ich es nannte –, was für die neue und anspruchsvolle Aufgabe Identität entstehen ließ sowie interdisziplinäre Forschung ermöglichte. Beides ist mit Blick auf die Fragen internationaler



Klaus Ritter und Bundespräsident Karl Carstens

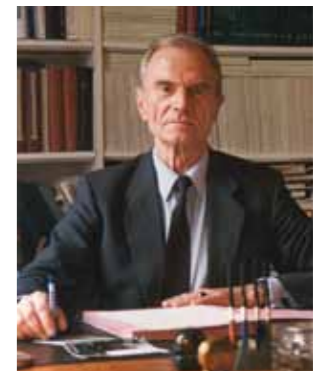
Politik unentbehrlich – im Gegensatz zu dem, was an Individualisierung und Spezialisierung an den Hochschulen geschieht. Zudem: Die absichtsvoll stufenweise Gründung der SWP – zunächst mit gespendeten 50.000 DM als Mindesteinsatz für das Stiftungskapital – kam dem Umstand nach, dass die Förderung von Wissenschaft Sache der Länder und nicht des Bundes ist: ein Hindernis, das elegant übersprungen wurde. Der Umzug nach Berlin kam dann zur rechten Zeit, womit sich die Arbeitsbedingungen auch zum Vorteil rasch veränderten.

Als ich nach einiger Vorarbeit als Direktor designatus zum Direktor perennis ernannt wurde, standen der SWP zunächst drei Aufgaben bevor. Priorität hatte, ihr ein stabiles, tragfähiges Gerüst zu geben in Form eines bis heute ausgewogen besetzten und eindrucksvoll prominenten Stiftungsrats unter Beteiligung von Bundestag und Bundesregierung. Allein die Bestimmung der »Federführung« für den »Zuwendungsempfänger SWP« auf Seiten

der Bundesregierung erforderte für längere Zeit ein heikles Manövrieren, um zu der Entscheidung zu kommen, die ich sachlich für geboten hielt: Kein Ressort-Institut! Seitdem liegt die Federführung beim Bundeskanzleramt und sein Chef ist einer der beiden Vizepräsidenten des Stiftungsrats.

Zum anderen war ein Konzept für die Forschungsagenda und den Aufbau des Dokumentationsbereichs zu erarbeiten – dies mit viel Voraussicht –, was dann schrittweise durchzusetzen war. Hier gab es seitens der Administration noch wenig Einsicht. In einer Sitzung des Stiftungsrats machte Helmut Schmidt zum hartnäckigen Widerstand eines hochrangigen Beamten die Bemerkung: »Es ist nur gut, dass wichtige Entscheidungen nicht von Inspektoren zu treffen sind.« Schließlich war auch die Suche und Auswahl akademisch ausgewiesener Mitarbeiter mit Blick auf das Konzept multidisziplinärer Forschung eine schwierige Aufgabe. Man war sehr auf Empfehlungen angewiesen, der Markt war unergiebig, Außen- und internationale Politik als Hochschulfach gab es in dieser Zeit kaum.

Das alles ist in dem umfangreichen und sorgfältigen Buch von Albrecht Zunker über den Werdegang der SWP nachzulesen. Aber noch ein Wort über die Initiative der SWP mit Bezug auf den benötigten Zugriff auf sachgemäße Information und Dokumentation aller Art. In Kooperation mit einigen Einrichtungen



1962

Die »Arbeitsgemeinschaft Wissenschaft und Politik« (AWP) und die »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP) werden gegründet, Standort: Ebenhausen, Bayern

1963

Kuba-Krise

Deutsch-Französischer Vertrag; Beitritt der Bundesrepublik zum Atomteststoppabkommen

1964

Ermordung John F. Kennedy

Konstituierung des Stiftungsrates mit dem Präsidenten General a. D. Dr. Hans Speidel (bis 1978) und Beschluss über die Errichtung eines Forschungsinstituts

1965

Dr. Klaus Ritter wird SWP-Vorstandsvorsitzender und Direktor des Forschungsinstituts für Internationale Politik und Sicherheit (Amtszeit: 1965 bis 1988)

Eingreifen der USA in Vietnam



mit entsprechendem Bedarf – insbesondere mit dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) – startete die SWP ein computergestütztes System, das allen Mitarbeitern der beteiligten Institute digital zugutekam, dann aber auch Anschluss gewann in verschiedenen europäischen Staaten. Mit viel Arbeit entstand ein Thesaurus, der in mehrere Sprachen übersetzt wurde. Da ich der prädigitalen Generation angehöre, war mir die Technik des Systems fremd, förderte es aber nachdrücklich und bestand darauf, dass Forschung und Dokumentation in enger Verbindung arbeiten – im Gegensatz zu Plänen der Administration, eigenständige Dokumentationszentren abseits vom jeweiligen Bedarf zu gründen.

Es wäre untunlich, in diesem Bericht mit kurzen Beiträgen der vier Direktoren einzugehen auf die Fülle von Arbeitsergebnissen in Form zweier umfangreicher

Buchreihen, Studien und Ad-hoc-Stellungnahmen, seinerzeit auch so genannten »non-papers«, die aufgrund der Verarbeitung auch vertraulichen Materials nicht zu veröffentlichen waren. Und so beschränkte ich mich auf den Hinweis einiger Topics, die meiner Zeit als Direktor – über zwanzig Jahre – ein gewisses Profil gaben und so auch ein Leitfaden für die Forschung im Labyrinth der Geschehnisse waren. Zunächst wurden sehr entscheidend die ausgiebigen und langwierigen Auseinandersetzungen über die Unterzeichnung des Nichtverbreitungs-Vertrages – dies auch mit Blick auf die Voraussetzungen einer gleichberechtigten Nutzung ziviler Nuklearenergie seitens der Bundesrepublik. Mir war gewiss, dass der Vertrag unterschrieben werde – weniger, dass er auf Dauer Bestand haben würde. Die Absicht der Bildung einer nuklearen multilateralen Force im Bündnisrahmen (MLF) war eine Episode.

Der von Helmut Schmidt mit seiner Rede in London initiierte Nato-Doppelbeschluss als Antwort auf die empfindliche Aufrüstung der Sowjetunion mit modernen Mittelstreckenraketen, aber wohl auch als Antwort auf das zögerliche Verhalten Präsident Carters, war prekär und kostete ihn vor dem Hintergrund der Friedensbewegung und der bröckelnden Unterstützung seiner Partei das Kanzleramt. Aber der Nachrüstungsbeschluss führte doch nach der Ablösung von Carter durch Reagan zu einem gewissen Ausgleich im Gespräch mit Gorbatschow in Reykjavik. Die Erwägung von Mini-Raketen auf europäischem Boden mit Blick auf die bedenkliche Sicherheitsanleihe Westeuropas bei der interkontinentalen Abschreckung kam sehr bald vom Tisch. Bis dahin stand noch alles unter dem Vorzeichen der Bipolarität, der wechselseitigen Abschreckung, was

sich im Ergebnis als ein durchaus kritisches, aber global wirksames »stalemate system« (Stanley Hoffmann) erwies.

Die Zeit war noch nicht reif, um zu erkennen, dass es bei der gegebenen Konstellation nur um ein Patt und nicht um ein Matt geht und somit eine produktive Konstellation erst mit der Umkehr von der militärischen zu einer »zivilen Machtwährung« zu erreichen sei, wie ich es einmal nannte. 1970 schrieb ich in einem Beitrag zu einer Festschrift für Wilhelm Cornides, den Gründer der DGAP, die Parole Chruschtschows »friedliche Koexistenz« – gemeint war Klassenkampf ohne Krieg – sei durch »systemöffnende Koexistenz« zu ersetzen und zu realisieren. Wirtschaftlicher Bedarf gebot dies insbesondere der Sowjetunion. Das war systemisch gemeint und wurde von klugen Köpfen in Moskau auch so verstanden. Bei einer Konferenz in Moskau 1971 sagte man mir sehr bedachtsam bei Tisch: »Was Sie schrieben, ist überzeugend, aber es ist noch zu früh. Breschnew versteht es nicht«. Gewiss, eine solche Ergänzung, wenn nicht Umkehr ist ambivalent und braucht Zeit, wie man heute sieht.

Auf Seiten der Bonner Politik wurde der Hinweis auf die genannte Perspektive kaum wahrgenommen. Hier ging es vorerst um Entspannungspolitik in Fortsetzung der Politik Willy Brandts durch Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher. Das war wirksam und wichtig, aber als solches – wie ich denke – nicht entscheidend für die Wendung, die sich dann mit den Zwei+Vier-Verhandlungen, der Wiedervereinigung Deutschlands und weiterhin im Rahmen der Globalisierung mit dem Kennwort Interdependenz versus Autonomie vollzog. Ich habe hier wichtige Zwischenschritte ausgelassen, wie die von Egon Bahr

konzipierten Ost-Verträge – dies sehr mit Bedacht auf den Friedensvertragsvorbehalt – oder auch das »neue Denken« Gorbatschows. Beides ist viel beschrieben worden. Es ging mir insoweit um die Anzeichen für eine Wende vom militärischen »stalemate system« zum politischen und wirtschaftlichen Fortschritt, was nach dem Exitus der Sowjetunion seitens Russlands sehr bedenklich stagniert.

Die Entwicklung mit dem Kennwort Interdependenz hatte in Europa mit der EWG und ab 1993 der EU einen gewissen Vorsprung. Die Frage der Finalität des gebotenen Zusammenhangs blieb indes aus guten Gründen für lange Zeit kein Thema: Es geht um eine Entwicklungsaufgabe, die Überwindung von Konfrontation auch als Friedensordnung,



Albrecht Zunker, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Ritter im Kirschbaumzimmer, Ebenhausen

1966



Erste internationale Konferenz in Ebenhausen, erste SWP-Studien; Bundesregierung überträgt die Federführung in Sachen SWP dem Bundeskanzleramt

1967



Harmel-Bericht und Verteidigungskonzept der Nato: statt »massiver Vergeltung« nun »flexible response«

1968



Erstmals werden Offiziere der Bundeswehr zur SWP abgeordnet

1969



Die SWP eröffnet ihr Bonner Verbindungsbüro

was nicht als Zustand mit bestimmten Merkmalen objektivierbar ist. Und so empfahl ich im Gegensatz zu aufkommenden Vorstellungen eines Staatenbundes die Form eines »Management of Interdependence«. Das hat sich mit der Aussicht auf eine Fiskal-Union auch so erwiesen und wird zunehmend dringlich.

Bevor meine Nachfolger zur Wort kommen, bedarf es hier noch einer Anmerkung zur Entwicklung des Status quo der SWP. Ein schnell wachsendes Spektrum der Themen bestätigte meine Voraussicht, dass frühzeitig dem Bedarf an Fachkräften mit Voraussetzungen für die Regionen von Fernost bis Lateinamerika zu entsprechen sei. Ich bestand darauf gegen mancherlei Widerstand, der seinerzeit den Sicherheitsfragen Priorität gab. Inhaltlich wären die regional akut werdenden Fragen hier kaum zu behandeln – sei es die Kuba-Krise, die härter werdenden Konflikte in Afrika wie in Nah- und Mittelost oder das, was nach Mao in China geschah etc. Heute steht außer Frage: Die SWP wäre mit einer provinziellen Optik kein guter Gesprächspartner. Das wurde einem schon zu meiner Zeit vor Ort immer wieder sehr deutlich: Heute hat die SWP ein international anerkanntes Standing.

Da ich mich mit der in Stichworten beschriebenen Entwicklungsaufgabe nach lehrreichen Erfahrungen ganz identifizierte, ist mir in diesem Beitrag noch eine Ergänzung wichtig: Es ging und geht mir schließlich auch um grundlegende Fragen, die mich schon nach den Erfahrungen des Krieges beschäftigten und im Werdegang der SWP nicht ganz beiseiteließ, was hier und da auch ankam. Eingangs sagte ich, das Miteinander von Wissenschaft und Politik sei unentbehrlich. Das ist und bleibt so. Da die Wissenschaft

heute überwiegend pragmatischer Effizienz dient, ist sie der Politik auch näher.

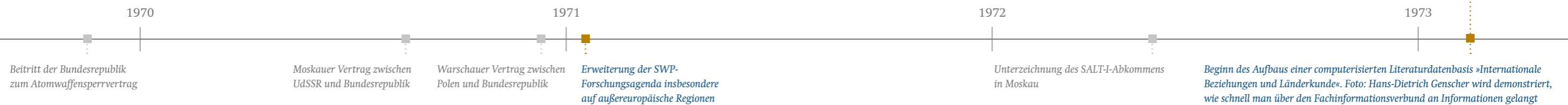
Aber ist das existentiell auskömmlich? Es geht mir auch um ein Drittes, das uns mit dem zivilisatorischen Konstrukt unserer Zeit weithin abhanden kam: die Relevanz unmittelbarer Wahrnehmung des Seins. Man wird sich noch wundern: Je mehr die digitale Kommunikation – um nur ein Beispiel zu nehmen – als Element der Globalisierung dominant wird und Formen oder Maßgaben der Demokratie sehr beeinflusst, werden Politik und Wissenschaft mit dem, was ich grundlegende Fragen nenne, noch anders zu tun haben als heute, wo sie vielfach dem Rubrum »Individualität« zugeschrieben werden.

In Kürze: Der Dualismus von zweierlei Wirklichkeit war ein Missverständnis, eine Episode der Aufklärung. Pragmatische Effizienz ist die dem Menschen zu eigenständiger Gestaltung des Lebens zuteil gewordene Begabung, indem er die Wirklichkeit begrifflich erfasst und objektiviert. Die Wirklichkeit ist als solche ein undefinierbares, unsichtbares und zeitlos gegenwärtiges Ganzes, jedoch erfahrbar als ein Geschehen, das als Erfahrung zu erinnern und zu wahren ist. Es ist erstaunlich, dass entsprechende und kaum noch umstrittene Erkenntnisse insbesondere der Naturwissenschaften nicht ernsthaft wahrgenommen werden. Das ist – wie ich denke – wohl auf anderen Wegen unterwegs. Ich bin indessen alt genug, um erlebt zu haben, dass unmittelbare Lebenserfahrung – Transzendenz – aufschlussreich ist und auch entscheidend wird, nicht aber Transparenz, auf die sich hier oder da die Medien kaprizieren und damit als eine Art Tribunal gerieren. Die Beziehung, die so entsteht, ist substantiell und nicht nur subjektiv.

Transzendenz ist nicht weniger Realität als das, was wir sehen.

Es erfordert offensichtlich Mut, zu sagen, worum es bei aller Aktivität und allem Wettstreit auch geht: Kultur kommt nicht von Können, sondern von Kult: Der Achtung und Wahrnehmung der Wirklichkeit als Erlebnis, nicht mittels Reflexion, der die kritische Distanz von Subjekt und Objekt zu eigen ist. Das ist nicht zu ersetzen durch Talkshows, den Austausch von Argumenten jeweiliger »Experten«. Es gilt die Ambivalenz unserer freiheitlichen Existenz zu beachten, der unser Wissen, unsere Wertungen wie unser Wille nicht entgehen, wo uns nicht das Vertrauen auf das Geschehen oder Gebotene zuvorkommt.

Ich will damit schließen. Die derzeit ernsthaften Krisen lassen noch keine Lösung erkennen, sind noch sehr im Gange. Indes: »Es ist die Wirklichkeit, welche die Möglichkeiten weckt, und nichts wäre so verkehrt, wie das zu leugnen«, sagt Musil in seinem großen Werk »Der Mann ohne Eigenschaften«, der gleichsam mit seinem Minotaurus zu tun hat. Ich erhoffe – ungeachtet aller Arbeit notwendigen Nachdenkens und Tuns – eine Zeit mit tieferen Wurzeln und der dem Sein gebührenden Aufmerksamkeit. Im Rückblick weiß ich vielerlei Geschehnissen Dank, die mir die SWP als Aufgabe zuwiesen.





Helmut Schmidt

»Ein Wort zum Fünfzigsten«

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) leistet seit fünfzig Jahren strategische »Politikberatung« im besten Sinne: Unabhängige und kompetente wissenschaftliche Analyse mit hohem Praxisbezug. Anfang der sechziger Jahre musste sich die Idee eines außen- und sicherheitspolitischen Think-Tanks in der jungen Bundesrepublik Deutschland allerdings erst noch durchsetzen. Das war innenpolitisch schwierig, denn die Gründung wurde durch die SPIEGEL-Affäre überschattet. Es war auch außenpolitisch schwierig, denn die kubanische Raketen-Krise der damaligen beiden Weltmächte und der gleichzeitige Elysée-Vertrag samt der vom Bundestag eingefügten Präambel führten in Deutschland zur Aufspaltung zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten«. Ohne die unermüdliche Überzeugungsarbeit von Fritz Erler oder von Richard von Weizsäcker und ohne Klaus Ritter hätte die Stiftung sich leicht als Fehlschlag erweisen können.

Das Umfeld deutscher Außen- und Sicherheitspolitik hat sich seit Gründung der SWP einschneidend verändert. Das Ende des Kalten Krieges, die Implosion der Sowjetunion und der schnelle Aufstieg Chinas und anderer Schwellenstaaten, dazu die Globalisierung von Wirtschaft, Technologie und insbesondere von elektronischer Kommunikation haben die Komplexität der globalen Sicherheitsarchitektur keineswegs verringert. Mit der anhaltenden Explosion der Weltbevölkerung oder mit der notwendigen politischen Einbindung islamischer Staaten und dem Klimawandel sind nur einige globale Herausforderungen des 21. Jahrhunderts benannt. Für mich ist die Arbeit der SWP deshalb wichtiger und wertvoller denn je.

1974

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik; beide Staaten werden Mitglied der Vereinten Nationen

1975

Gründung des »Europäischen Rates« durch die Staats- und Regierungschefs

1976

Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki

1977

4. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNTAD IV) in Nairobi

Michael Stürmer

»SWP 1988–1998: Ende des Kalten Krieges«

Ebenhausen: Wann immer ich irgendwo in der Welt einem Militär, Diplomaten oder Wissenschaftler begegne, der Gast der Stiftung in den Jahren des großen Umbruchs war, verklärt sich die Erinnerung an »die Stiftung« und alles, was sie bedeutete: geistiges Gespräch, faszinierende Gesellschaft, gründliche Arbeit, aber auch ein Herrenhaus im englischen Stil der vorletzten Jahrhundertwende, der Blick auf die Berge. In der Erinnerung war immer jenes Föhnwetter, das im Alpenvorland alles doppelt glänzen und die Herzen höher schlagen lässt.

Eigentlich gehörten wir zu Icking. Aber Ebenhausen war Poststation. Und »Ebenhausen« war längst Name einer stolzen Institution geworden, die sich mit der RAND Corporation in Washington und Santa Monica und dem CSIS, mit IFRI in Paris und dem Royal Institute of International Affairs auf einer Ebene wusste. »Ebenhausen«, wie es Klaus Ritter, der Amtsvorgänger, ins Leben gerufen und aufgebaut hatte, war mehr Orden als Familie, auch wenn in Momenten der Sentimentalität, wie etwa in der Weihnachtszeit, gebacken und gesungen wurde und man einander freundlicher als gewöhnlich in die Augen schaute.

Ebenhausen hatte noch unter Ritter jenen Status erreicht, wo der Ort zum Markenzeichen wird. In diesem



Sinne war Ebenhausen so etwas wie ein langer, bis heute weiterwirkender glücklicher Moment der deutschen Geisteslandschaft zwischen Politik und Wissenschaft, zwischen den unordentlichen, oftmals chaotischen Gestaltungen des realen Lebens und dem Versuch, ihnen Ziel und Richtung abzugewinnen, eine Art Gesamtkunstwerk, wo die Politik manchmal über ihre Verhältnisse lebte: Man denke nur an die frühen Arbeiten der 1980er Jahre über »Nuclear Ethics« und »Nuclear History«, die Uwe Nerlich inaugurierte und leitete – und die vielen, auch mir, die Gründe und Abgründe eines Überlebens-Systems eröffneten, welches der große *maitre à penser* Raymond Aron nannte: global, bipolar, nuklear.

Im Sommer 1987 war ich vom Stiftungsrat, der regelmäßig alle halbe Jahr im Bonner Bundeskanzleramt zusammentraf, zum Direktor des Forschungsinstituts der Stiftung Wissenschaft und Politik gewählt worden. Die Universität Erlangen-Nürnberg, wo ich seit 1973 einen

Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte innehatte, gewährte mir, unterstützt durch das Münchner Staatsministerium für Unterricht und Kultus, langen Urlaub. Was war so faszinierend an der Aufgabe, dass man dafür einen ruhigen Lehrstuhl in der bayerischen Provinz aufgeben würde – jedenfalls auf fünf Jahre mit der Aussicht auf mehr? Zuerst und vor allem war in jenen Spätjahren des Kalten Krieges zu spüren, dass alles in Bewegung geriet, wie im Eisgang. »History is on the move again« – das alte Wort wurde damals oft zitiert, wenn auch Richtung und Tiefe der welthistorischen Bewegung anfangs mehr zu ahnen und intuitiv zu erfassen als wissenschaftlich-analytisch zu definieren waren.

1987 im Februar hatte Minister Hans-Dietrich Genscher in Davos beschwörend davon gesprochen, man müsse Gorbatschow beim Wort nehmen, der Reformier im Kreml bedeute vielleicht eine Jahrhundertchance. Zugleich schien das Kräftemessen über nuklear bestückte Mittelstreckensysteme – sowjetische »gemirvte« Systeme mit dem Codenamen SS 20, amerikanische Cruise Missiles mit dem Codenamen Pershing II –, welches das ganze zurückliegende Jahrzehnt überschattet und noch einmal eine schwere Ost-West-Krise erzeugt hatte, einem guten Ende zuzusteuern: Doppel-Null. 1987 erweist sich aus der Rückschau als Beginn welthistorischer Umbrüche, die in Ebenhausen frühzeitig zu spüren waren und im weiteren Verlauf das gesamte Ost-West-System aus den Angeln heben sollten. Das galt nicht nur bei der heiß umstrittenen Frage, wie die nukleare Architektur der Sicherheit in Zukunft aussehen sollte: »Firewall« nach der Idee von Mrs. Thatcher, mit Deutschland auf der falschen Seite der

Brandmauer, oder aber ein »Gesamtkonzept«, das auf eine niemals genau definierte Weise Abschreckung und Verteidigung auf neue Weise mit Rüstungskontrolle und VSBM – Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen – verbinden würde.

Was technisch klang und die Experten faszinierte, war zugleich Vorbote einer Zeitenwende, die so unterschiedliche Ursachen hatte wie die polnische Solidarność und den polnischen Papst, aber auch den Absturz der Ölpreise Mitte der 1980er Jahre und infolgedessen globale Rückzüge der Sowjetunion aus weit nach Afrika und Asien vorgeschobenen Positionen. Niemals war die SWP besser konzipiert als Treffpunkt der Ideen, Brennpunkt des strategischen Gesprächs, Prüfstraße dessen, was man mit einer Wortanleihe bei Gorbatschow »Neues Denken« nannte – anfangs mit Ironie, bald aber mit existenziellem Interesse. Aus Ebenhausen-Sicht war der Fall der Berliner Mauer, als er sich am 9. November 1989 ereignete, Teil und Mittel eines lange spürbaren Umbruchs, wenn auch Zeit und Ort des dramatischen Geschehens nicht vorhersagbar



1979

Europäischer Rat beschließt Europäisches Währungssystem

Hans L. Merkle (rechts) wird Präsident des Stiftungsrats (bis Juli 2000, dann Ehrenpräsident); hier mit Klaus Ritter



Gang durch den Park des Hauses Eggenberg: Wolfgang Wild, Wolfgang Schäuble, Klaus Ritter, Richard v. Weizsäcker

gewesen waren, so wenig wie das Ineinandergreifen gänzlich verschiedener Faktoren: Es war die klassische Konfiguration der welthistorischen Krise, wie sie Jacob Burckhardt beschrieb, Schweizer Zeitgenosse der europäischen Revolutionen von 1848/49 und ihrer Folgen (»Weltgeschichtliche Betrachtungen«).

Dass es der Ölpreis war, der Mitte der 1980er Jahre abstürzte und damit dem Petrostaat Sowjetunion die Grundlagen wegspülte, war eine Einsicht, die sich nur langsam durchsetzte. Ebenso die Erkenntnis, dass die Sowjetunion sich zu Tode gerüstet, aber bei Mikroprozessoren einen strategischen Rückstand zu verbuchen hatte. Dass Afghanistan ein ungewinnbarer Krieg war (Gorbatschow: »blutende Wunde«) und dass Rückzüge anzutreten waren. Dass die Dinge umfassend in Bewegung gerieten und dass dies zugleich Chance und Gefahr bedeutete, wurde in Ebenhausen frühzeitig wahrgenommen, wenn auch anfangs mit professioneller Skepsis. Die entscheidende Frage war, ob dies ein kurzes Tauwetter sein würde oder aber jener Zeitpunkt, von dem George F. Kennan (in seinem Artikel »The Sources of Soviet Conduct«) im Jahr 1947

geschrieben hatte, er werde kommen, die Sowjetunion werde ein »mellowing« durchmachen, und bis dahin müsse der Westen entschlossen und fest sich auf Eindämmung (»Containment«) einlassen.

Die SWP war zu einem frühen Zeitpunkt nicht nur Beobachter, sondern zu einem merkbar Maß auch Mitspieler in den Umbrüchen, die damals begannen, aber bis heute, 25 Jahre danach, nicht Ziel und Ende gefunden haben. Ich erinnere mich an das Seminar, das im Auftrag der OSZE die Volksrepublik Polen und die Bundesrepublik Deutschland zum Vergleich der Militärdoktrinen von Nato und Warschauer Pakt (WP) in Ebenhausen auszurichten hatten. Man hatte den Eindruck, der Weltgeist sei auf Eggenberg zu Besuch eingekehrt. Auf der einen Seite General Wladimir Lobow, Chef des Stabes des Warschauer Pakts, ein vierschrötiger »mud on the boots«-Troupier, ihm gegenüber John Galvin, amerikanischer Four Star und SACEUR, klassischer Typus des gebildeten Offiziers und Generalstäblers, der später seine Laufbahn als Strategielehrer in Westpoint vollenden sollte. Wir in Ebenhausen wollten nicht nur höflich-zuvorkommende Gastgeber sein, sondern auch ein Höchstmaß an Insider-Information über den Zustand des Warschauer Pakts und seiner Mitgliedstaaten gewinnen. Das bedeutete wenig Plenumsarbeit und viel Seminararbeit, die den WP-Generalstäblern Gelegenheit geben sollte, sich zu profilieren. Und so geschah es: Selbst die DDR-Uniformen nahmen – stärker noch Polen und Ungarn – die Chance wahr, in professionellen Fragen Unterschiede zur Roten Armee zu markieren. Die sowjetischen Offiziere hatten einige Mühe, die Vertreter des östlichen Lagers beisammenzuhalten. Auffallend war

1978

Start der SWP-Schriftenreihe »Internationale Politik und Sicherheit«

1980

Nato-Doppelbeschluss; Wahlen zum 1. Europäischen Parlament

1981

Griechenland wird 10. Mitglied der EG

– mit Ausnahme der ČSSR-Vertreter – die weitgehende Abwesenheit gestanzter Propagandaphrasen: Es sprachen Profis zu Profis. Die Welt veränderte sich merkbar.

In dieselbe Phase des Umbruchs gehörte die Einrichtung einer vertraulichen Runde im Bundeskanzleramt, die der damalige Amtschef Dr. Wolfgang Schäuble ab November 1988 regelmäßig einberief zu einem *working dinner*. Aus der SWP war noch Uwe Nerlich zugegen, daneben Nato-Generalsekretär Manfred Wörner, General Franz-Joseph Schulze (früherer Nato-Oberbefehlshaber Europa-Mitte), Volker Rühle, Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz. Dieses Seminar, intern bekannt als »Schäuble-Runde«, hatte sich ergeben als Nebenprodukt mehrerer Studien, die zur Vorbereitung der Moskau-Reise des Bundeskanzlers im Oktober 1988 in der SWP angefertigt worden waren, darunter auch ein knappes Papier, das Schäuble in Auftrag gegeben hatte zur Zukunft der DDR. Dessen knappe Botschaft lautete: Die DDR hat keine Zukunft. Allerdings dürfe es nicht unsere Sache sein, dies der Welt lauthals mitzuteilen oder den Zustand des »No Future« öffentlich zu verkünden. Wenn es später missgünstig hieß, das Kanzleramt sei vom Zusammenbruch der DDR überrascht worden, die SWP habe auf ihren Ohren gesessen, so verrät solcher Kommentar mangelnde Einsicht in die krisenhafte Zuspitzung jener Wochen und Monate zwischen dem »Europa-Picknick« an der österreichisch-ungarischen Grenze und dem Fall der Mauer. Es wurde in der Runde strikte Vertraulichkeit vereinbart über Tagesordnung und Zusammentreffen: Jeder Anschein einer treibenden Rolle des Kanzleramts oder zugewandter Orte war zu vermeiden. Alles andere hätte bedeutet, unreife Früchte abzuschlagen.

In Ebenhausen war damals nicht nur die alte Weisheit zu lernen, dass jedes Ding auf Erden seine Zeit hat, sondern auch, dass seit dem 9. November 1989 alle Koordinatensysteme neu zu durchdenken waren: Nato und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht anders als die gesamte Innenpolitik der Staaten.

Generalsekretär der Nato in Brüssel war damals der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Manfred Wörner. Er ermutigte uns – vor allem Uwe Nerlich –, vor jedem Nato-Gipfel so rechtzeitig zu einer Art informeller Vorkonferenz der Sherpas und maßgeblicher Staatenvertreter in Uniform und Zivil einzuladen und dafür »non-papers« vorzubereiten, dass genug Raum für Innovation blieb, zugleich aber niemand sich überfahren fühlen musste. Ebenhausen wurde durch die Reihe der »Nato Reviews« über nahezu ein Jahrzehnt der entscheidende Think-Tank des nordatlantischen Bündnisses in allen seinen Dimensionen. Das reichte von den 1989 liegengelassenen Fragen nuklearer



Bundespräsident Karl Carstens besucht die SWP
Foto: Hans Maier, Hans L. Merkle, Klaus Ritter, Karl Carstens

Abschreckung bis zu den Grundfragen, wie die Nato sich aufstellen sollte in der Epoche nach dem »Soviet Threat«. Wörner hatte das lebhafteste Interesse an der Nato-Osterweiterung, die auch seitens der RAND Corporation in Santa Monica/Washington lebhaft betrieben wurde, während in Ebenhausen, bis die Politik Mitte der 1990er Jahre entschied, spürbare Skepsis vorherrschte, jedenfalls solange der Selbstauflösung des Warschauer Pakts nicht eine konstruktive Sowjetunion/Russland-Politik zur Seite gestellt wurde: »A bad idea whose time has come« war, als die Clinton-Administration dann voranging, der Kommentar in Washington, mit Echo in Ebenhausen.

Merkwürdig bleibt bis heute, wie die Bonner Politik auf das Ende des Kalten Krieges reagierte. Francis Fukuyamas überraschender Aufsatz (»The End of History«) vom August 1989 im National Interest gab eine Wunschwelt wieder, hatte aber mit der Wirklichkeit der fortdauernden und am Golf, rund um den Kaukasus und auf dem West-Balkan sich noch beschleunigenden Weltkrise nichts zu tun. Es war eine intellektuelle Narrenposse, aber wie Rauschgift konsumiert. Denn die Idee, *made in the US*, die Welt fortan auf Autopilot zu stellen und dabei viel Geld für innenpolitisches Wohltun zu sparen, war unwiderstehlich. Die »Friedensdividende« sollte mehr sein als nur der Friede. Ich erinnere mich, wie Karl Kaiser (DGAP), Egon Bahr und andere in einem gemeinsamen Memo dem Bundeskanzler vortrugen, dass man sich bitte mit dem Sparen und Streichen der Mittel für Dokumentation und Archiv noch etwas Zeit lassen solle: Bisher gab es *Iswestija* und *Prawda*, und wenn man die gelesen hatte, hatte man alle gelesen. Fortan aber würden viele neue, bislang periphere Zentren



Michael Stürmer und Richard von Weizsäcker bei der Feier zum 30-jährigen SWP-Jubiläum 1992

Mitspieler sein, der Informationsbedarf um Dimensionen steigen. Es nützte nichts. Ähnlich ging es dann, als Radio Free Europe und Radio Liberty abwanderten von München nach Prag. Die Selbstgenügsamkeit der Politik wiederholte sich auf der Ebene der Stipendien und Stiftungen: Die Gremien in ihrer Weisheit beschlossen, nunmehr sei Frieden ausgebrochen und neue Erkenntnisse über Geschichte und Geographie, und wie sich die neue Geopolitik nach dem Kalten Krieg zusammensetzen würde, seien entbehrlich. Binnen eines Jahres war das Forschungsseminar, das Albrecht Zunkers Herzensangelegenheit war – und dazu das wohl beste Doktorandenseminar jener Zeit – nicht mehr finanzierbar. Bis heute sind die Folgen spürbar. Es hat lange gedauert und grausamer Nachhilfestunden

(Fortsetzung auf Seite 22)

Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht zum 40. Jahrestag der Befreiung Deutschlands

1982

Nato-Gipfel in Bonn;
Höhepunkt der Friedensbewegung

Falklandkrieg

1983

1984

1985

Die SWP im Jahre 50

NADINE ABDALLA SAKINA ABUSHI SASCHA ALBRECHT MICHAEL ALFS AMIN ALSADEN STEFFEN ANGENENDT MURIEL ASSEBURG DOROTHEE AYOUN LUBNA AZZAM HORST BACIA POLINA BAIGAROVA SUSANNE BARON CHRISTOPH BARON MATTHIAS BAUERMEISTER SIMONA BECKEMEIER PETER BECKER TIMO BEHRENS MARIANNE BEISHEIM ANNEGRET BENDIEK CATHLEEN BERGER GABRIELE BERGNER ANJA BODENMÜLLER ANGELIKA BÖNISCH GABRIJELA BOŠKOVIĆ CAROLINE BRAUN LARS BROZUS FRIEDERIKE BRUNNER DETLEF BUCH LOTHAR-J. BUCKE SABINE BUNGEROTH KATRIN BURY JAN BUSSE MARION CALISTRU OLDAG CASPAR MARIE-LOUISE CHAGNAUD WANDA CHODOROWSKA WOLFGANG CUNEUS ANJA DAHLMANN ANDREJ DEVYATKOV MARCEL DICKOW HERIBERT DIETER NATALIA DMITRIEVA SUSANNE DRÖGE KADRIYE DÜŞMEZ ASIEM EL DIFRAOUI CHERINE CHAMS EL DINE TOBIAS ETZOLD ISABELLE FAULHABER SABINE FENGLER SEVERIN FISCHER SABINE FISCHER ANNA FISCHER THOMAS FLESSENKEMPER PIA FUHRHOP PETRA GALLE OLIVER GEDEN GEBHARD GEIGER CHRISTOPH GEISLER BERNHARD GOLDMANN SUSANNE GRATIUS ELA GRUDZIEWSKA-KLICK WALTER GRUHN UWE HALBACH STEFFEN HALLING CHRISTEL HARTLING-ADAM MONIKA HASENMÜLLER JOHANNES HÄUSSLER BARBARA HECKL DANIEL HEGEDÜS ANDRÉ HERMANN SÄBINE HERRMANN ELKE HICKMANN HANN S GÜNTHER HILPERT OGNIAN HISHOW BIRGIT HOTTENBACHER JULIA HOWALD AXEL HUCKSTORF CARSTEN JUNG MARKUS KAIM RONJA KEMPIN DOREEN KHOURI MARINA KIEPER DANIELA KIETZ MARGARETE KLEIN MICHAEL KLÜCK CARMEN KÖBELE JUDITH KÖHLER DANIEL KRAHL GEORG KRAINSKI GABRIELE KRAINSKI FRÉDÉRIC KRUMBEIN PEER KRUMREY EDDA KUCHLING WOLFRAM LACHER STEPHAN LAMPRECHT LENNART LANDMAN KAI-OLAF LANG ANNE LAUENROTH GITTA LAUSTER HUBERT LEBER RUSLAN LEKOV MARLIES LESSING-WAGNER JULIA LIEB DORA LINDEMANN MARIJKE LINDEMANN HILMAR LINNENKAMP BARBARA LIPPERT BIRGIT LODE JASMIN LORCH ANJA LORENZ GEORG LORENZ TOBIAS VON LOSSOW GÜNTHER MAIHOLD SABINE MAIR CLAUDIA MAJOR TOMISLAV MARŠIĆ SEBASTIAN MARTENS MOHAMMED MASBAH ANDREAS MAURER MARKUS MAYR SERGEY MEDVEDEV ANNE METTE JENS MEYER STORMY-ANNIKA MILDNER CHRISTIAN MÖLLING SIMONA MORI-KARKHOFF NELE MORKEL FRIEDEMANN MÜLLER PHILIPP MÜNCH MAX MUTSCHLER ANTE NEUMANN DIETMAR NICKEL BETTINA NOACK TIM OLIVER NICOLAI VON ONDARZA OLGA OTT MARCO OVERHAUS MICHAEL PAUL ANNA PELLACINI HEIKE PERSCHIED VOLKER PERTHES CHRISTIAN PESTER MATEJA PETER ELLI POHLKAMP INDER KUMAR POPAT SILVIA POPP ANDREW PORTER WALTER POSCH BERNHARD PREUSS DUŠAN RELJIĆ NICOLE RENVERT PETRA RETTIG SOLVEIG RICHTER MICHAEL RICHTER WOLFGANG RICHTER SABINE RIEDEL JÜRGEN ROGALSKI SYBILLE RÖHRKASTEN STEPHAN ROLL BRIGITTE ROSTOCK MARIANNE RÜCKWART BETTINA RUDLOFF PETER RUDOLF HENRIETTE RYTZ ALEXANDRA SAKAKI ALEXANDER SALZMANN BRITTANY SAMMON JOHANNA SARRE THOMAS SATTICH JUTTA SAUERWEIN HÅKON LUNDE SAXI MARKUS SCHACHT CHRISTIAN SCHALLER RENÉ SCHLEE UTE SCHLÜTER BARBARA SCHMELZ OLIVER SCHMIDT DONATA SCHMIDT ANDREA SCHMITZ ELISABETH SCHÖNDORF ULRIKE SCHORLE HANS-HENNING SCHRÖDER BOGUMIL SCHUBE KATRIN SCHUMANN TORSTEN SCHÜTZ DANIELA SCHWARZER GÜNTER SEUFERT KENICHI SHIMIZU NILS SIMON MARTINA SIMON FRANZISKA SMOLNIK ANDREA SPERK CANDIDA SPLETT BIRTHE SPRINGER STEFAN STAHLBERG BERND SIEGFRIED STEINBACH GUIDO STEINBERG STEFAN STEINICKE SUSAN STEWART JÖRG STREITER EVA STRICKMANN WALTHER STÜTZLE ISABELLE TANNOUS FALK TETTWEILER GUDRUN TETZLAFF SONJA THIELGES JOHANNES THIMM CLAUDIA THOMAS MARKUS THIDEN DENIS M. TULL KATHRIN ULMER HERMINE-SOFIA UNTCH MALTE VIEHFFHUES JUDITH VORRATH ALICIA VON VOSS GUDRUN WACKER CHRISTIAN WAGNER JAN PIT WAGNER FLORIAN WASSENBERG ANNETTE WEBER GERHARD WEIHER GESCHE WEILAND CLARA WEINHARDT BARBARA WEINMANN SIGRID WENDLER ISABELLE WERENFELS KIRSTEN WESTPHAL MELANIE WETZEL GERHARD WILL HEIKO WIMMEN WIEBKE WODNI NILS WÖRMER ANDREAS WOZNICA NICOLA ZABER SIMONE ZANDER CLAUDIA ZILLA UWE ZIMMERMANN DIETER ZISS

bedurft, bis die neue Lage den erforderlichen Ernst zurückbrachte. Ähnlich ging es auch mit den Gutachten des Bundesrechnungshofes und einer großen, international tätigen Unternehmensberatung. Die Aktiven gaben sich redlich Mühe, Ebenhausen zu verstehen, kamen aber nicht weit, trotz aller Zunkerschen und Stürmerschen Nachhilfestunden. Als dann das Gutachten des Rechnungshofs positiver ausfiel als gedacht, ging die Arbeit noch einmal an den Absender zur Korrektur zurück. Auch die Unternehmensberater ließen die Stiftung Stiftung sein. Es half, dass in dieser Zeit Professor Hans L. Merkle – in der deutschen Industrie ob seines Ansehens und seiner Macht im Hause Bosch auch »Gottvater« genannt – als Präsident des Stiftungsrats seine Hand über der Stiftung hielt, auch wenn er gelegentlich an Einzelstudien, namentlich zu den sicherheitspolitischen Aspekten des Klimawandels, scharfe Kritik zu üben wusste. Als einmal Kanzleramtsminister Friedrich Bohl in einer Haushaltsdiskussion die Absicht bekundete, für mühevoll eingeworbene Forschungsmittel Kürzungen im regulären Haushalt vorzunehmen, bemerkte Merkle knapp, er werde dann »einer mir nahestehenden Stiftung« nahelegen, an gemischt finanzierte Institutionen keine Mittel mehr zu vergeben. Bohl verstand, was gemeint war, und verzichtete.

Es muss nicht immer Kaviar sein – in den Jahren des weltpolitischen Umbruchs, als fast täglich historische Schlagzeilen die Welt erschütterten und alles in Bewegung geriet, war die SWP in Ebenhausen einer der besten Plätze kontrollierten, zielgerichteten und konzeptionellen Nachdenkens über die Zukunft Europas und der atlantischen Welt. Ideen haben ihre Zeit und ihren Ort. »Ebenhausen«

findet nunmehr unter stark veränderten Bedingungen in Berlin statt.

Die Politik ist nicht einfacher geworden. Seitdem »Ebenhausen« vor allem Nato-zentriert und EU-orientiert war, haben sich die Schwerpunkte der Aktion verschoben in den Nahen und Mittleren Osten, wo sie, schaut man genauer hin, schon seit den 1970er Jahren zuhause waren: Es reicht, den Yom-Kippur-Krieg und das Ayatollah-Regime und die dazugehörigen Kriege und Ölpreiskrisen zu nennen. Die Geschichte aber ist noch lange nicht zu Ende. Es mag sein, dass die Europäer mit einer gewissen Blasiertheit die Religion als historische Potenz noch immer wenig, zu wenig begreifen, während zugleich das Verhältnis von Islam und Demokratie in »open heart surgery« getestet wird. Die Implosion der Sowjetunion und die Neuordnung des östlichen Mitteleuropa haben der Berliner Politik lange Zeit den Blick auf Globalisierung und Aufstieg Chinas verstellt. Was sagen will, dass Eingrenzung auf die älteren, engeren Horizonte des Kalten Krieges nicht mehr möglich ist. Zugleich aber sollte die SWP, wie *ab urbe condita*, die atlantische Perspektive vertreten, die erst Europa inneren Zusammenhalt und äußere Durchsetzungsfähigkeit gibt. Deutschland hat seinen Platz in Europa noch nicht gefunden, auf immer zu groß für das Gleichgewicht und zu klein für die Führung. Europa ist, zumal in der weitergehenden Euro-Krise, nicht mit Ketten am Firmament befestigt. Amerika aber wird, ohne Rücksicht auf »imperial overstretch«, anderswo dringend gebraucht.

Die SWP kann sich nicht beklagen über Mangel an Aufgaben.



Klaus Ritter, Wolfgang Schäuble, Richard von Weizsäcker bei der Festveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen der SWP 1987

1986

Hamburger Abendblatt zur SWP:
»Denkfabrik der 111 Bundes-Eierköpfe«

1987

US-Präsident Ronald Reagan
fordert Michail Gorbatschow auf,
die Mauer einzureißen

1988

25-jähriges Jubiläum der SWP. Foto: Begrüßung des
Mitbegründers von AWP und SWP, Bundespräsident
Richard von Weizsäcker, beim Eintreffen zur Feier

1989

Amtsübergabe von Klaus Ritter
an Michael Stürmer
(Amtszeit Stürmer: 1988–1998)

Die SWP organisiert die erste »Nato Review Conference«,
die nun jährlich stattfindet. Foto: Ernst Friedrich Jung,
Manfred Wörner, Uwe Nerlich

Richard von Weizsäcker

»Ein Wort zum Fünfzigsten«



In diesem Jahr feiert die Stiftung Wissenschaft und Politik, das Deutsche Institut für internationale Politik und Sicherheit, das 50. Gründungsjubiläum. Dies ist mir vor allem ein Grund, Dank zu sagen für 50 Jahre fundierte, vorausschauende und praxisorientierte Politikberatung.

Seit ihrer Gründung unter zentraler Initiative von Klaus Ritter habe ich die Entwicklung der Stiftung Wissenschaft und Politik in enger Verbundenheit und mit ausgeprägtem Interesse begleitet. Sie wurde für uns in der Politik immer wieder prägende Informationsquelle und Anstoßgeber. So hat sich die SWP im Lauf der Jahre ein einzigartiges Ansehen in der internationalen Welt

der konzeptionellen Politikberatung erworben und sich gleichzeitig die für die gute Erfüllung ihrer Aufgaben so grundlegende wissenschaftliche Unabhängigkeit erhalten.

Ihre Kontakte mit West und Ost haben immer wieder gute Wege gewiesen. Im Laufe der Jahre hat sie sich weiterentwickelt, sich neue Themen erschlossen und sich der Herausforderungen unserer globalisierten Welt angenommen, über den Atlantik und den Pazifik hinweg, zugleich rings um den Indischen Ozean. Auch in der Zukunft wird sie das wichtigste deutsche Zentrum für die systematische außen- und sicherheitspolitische Analyse bleiben.

Christoph Bertram

»SWP 1998–2005: Jahre des Umbruchs«



Meine Zeit bei der Stiftung – von April 1998 bis September 2005 – war eine des doppelten Umbruchs: der des Umzugs nach und der Etablierung in Berlin und der einer notwendigen Anpassung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik an die neue Rolle Deutschlands in der globalisierten Welt. Das erstere war am Ende meiner fast acht Jahre an der Spitze der Stiftung bewältigt, das letztere bleibt bis heute unvollendet.

Den raschen Umzug von Ebenhausen nach Berlin hatte ich vor meiner Anstellung nicht nur zum Programm, sondern zur Bedingung gemacht. Ich war seit langem überzeugt, dass die große örtliche Distanz der wichtigsten wissenschaftlichen außen- und sicherheitspolitischen Beratungseinrichtung für Bundestag und Bundesregierung von deren Hauptsitz allenfalls mit der Bonner, nicht aber mit der Berliner Republik zu vereinbaren war. Bonn sah sich nie als Nabel Deutschlands und war tolerant genug, die Ebenhausener Abgeschiedenheit im ländlichen Isartal als gewöhnungsbedürftige Besonderheit hinzunehmen. Berlin dagegen, das sollte sich bald zeigen, genügt sich selbst: Wer nicht dabei ist, bleibt draußen vor. Die SWP hätte ohne den Umzug nicht überlebt.

Welche Rückschläge auf dem Weg von der Isar an die Spree ertragen und welche Hürden genommen werden mussten, hat Albrecht Zunker in den letzten Kapiteln seiner schönen Geschichte der Stiftung eingehend dargestellt. Wiederholt war das Vorhaben in Gefahr, am Mangel eines geeigneten Gebäudes und an Sparauflagen des Bundeshaushalts zu scheitern. Nicht nur viele Mitarbeiter, auch die Bonner Bürokratie hätte es begrüßt, wenn alles beim Ebenhausener Alten geblieben wäre. Auch vom damaligen Bundeskanzler Schröder war ja bei einem Auftritt im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages in Bezug auf die Umzugspläne der SWP der Satz dokumentiert: »Was brauche ich die, ich habe doch den Steiner.«

Wenn die Stiftung dennoch am 2. Januar 2001, fast drei Jahre nach meiner Antrittsrede als Direktor, ihre Arbeit in dem eindrucksvollen Gebäude am Ludwigkirchplatz aufnehmen konnte, dann haben vor allem zwei Verbündete dazu beigetragen: hartnäckige Parlamentarier

1990

Deutsche Wiedervereinigung

1991

Berlin wird Regierungssitz;
Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag;
Beginn des jugoslawischen Bürgerkriegs

1992

Auflösung der UdSSR

30-jähriges Jubiläum der SWP

1993

Gründung der EU mit dem
Vertrag von Maastricht

Umwandlung der AWP
in Forum Ebenhausen e.V.

und Frank-Walter Steinmeier, der damalige Chef des Bundeskanzleramts, der der SWP auch später als Vizepräsident des Stiftungsrats stets Rückhalt und Ermutigung geben sollte.

Neues Umfeld Berlin

Nun ist es eins, ein Gebäude zu übernehmen, ein anderes, es mit Ebenhausener Geist zu füllen, und ein drittes, sich in dem damals noch ungewohnten Berliner Umfeld zu etablieren. In allen drei Beziehungen bekamen wir die für eine vierzigjährige Institution einmalige, ungeheure Chance des Neuanfangs: an neuem Ort, mit erfahrenem Team und in einem Berlin, das erst jetzt seinen alten Hauptstadt-Titel wirklich erwarb.

Das Gebäude: das zu Beginn des 20. Jahrhunderts erbaute »Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung« hatte mit der Zeit die Patina verschiedener Phasen amts-

bürokratischer Innenarchitektur angesetzt. Mit seinen langen, dunklen Fluren und hohen Decken wirkte es zunächst wie ein kommunikationsfeindlicher, hoheitlicher Raum, nur sehr begrenzt geeignet für eine lebendige, nach innen dem Austausch und nach außen der Zugänglichkeit verpflichtete Forschungsfamilie. Sie hatte zudem in Haus Eggenberg von Klaus Ritter gelernt, dass ein ästhetisches Zuhause für Korpsgeist und gedankliche Klarheit der Insassen ebenso unerlässlich ist wie für den Wunsch anderer, sie dort aufzusuchen.

Das war die Stunde – nicht die einzige – Albrecht Zunkers. Der Ritter-Schüler und langjährige stellvertretende Direktor der Stiftung brachte seinen untrüglichen Geschmack und seine Freude an räumlicher Gestaltung voll Enthusiasmus in die alten Mauern ein. Binnen kurzem wurde die hoheitlich-kalte Eingangshalle zum Willkommensraum eines Herrenhauses, die Wände und Decken wurden licht, die Flure mit irgendwie organisierten Bildern und farblich abgestimmten Fußböden zu einladenden Wanderwegen durch die SWP-Etagen.

Damit zog ein guter Teil Ebenhausener Geist in den Ludwigkirchplatz ein. Aber auch viele aus der alten Eggenberger Mannschaft hatten den Umzug mitgemacht und diesen Geist im Tornister; er sprang langsam auch auf die Kollegen aus dem aufgelösten Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) und dem amputierten Südost-Institut (SOI) über, so sehr beide von den Mentalitäten ihrer früheren Einrichtungen geprägt waren. So gelang nicht nur die Fusion der drei Herkunftsgruppen in der neuen SWP, sondern auch allmählich ihre Integration. Heinrich Vogel, der einstige

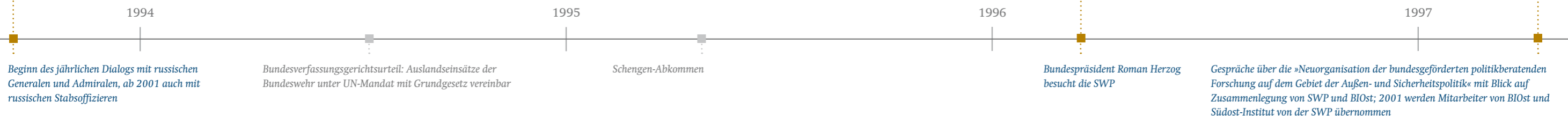
Direktor des BIOst, hat dazu durch sein stetes Engagement und seinen klugen Rat als Vorstandsmitglied der Stiftung maßgeblich beigetragen.

Schließlich wurde der Neuanfang zum Erfolg, weil wir nun gemeinsam vor der Herausforderung standen, uns in Berlin bewähren zu müssen. Wir hatten uns darauf in den letzten, meinen ersten Ebenhausener Jahren vorbereitet. Die schriftlichen Produkte der SWP wurden in Art und Umfang gestrafft und sämtlich vor der Veröffentlichung einer intensiven Qualitätsprüfung durch die Leitung unterzogen. Sie bekamen zudem ein modernes, einheitliches Design, das der SWP bis heute optische Identität verleiht. Die ausgewucherten SWP-internen Gremien wurden auf zwei begrenzt: den wöchentlich tagenden Forschungsrat zur Information und Konsultation mit leitenden Mitarbeitern und das zweiwöchentliche Forscher-Forum zur kritischen Debatte laufender Forschungsvorhaben.

Ab Januar 2001 aber waren die Trockenübungen vorbei. In Berlin war die Mehrzahl unserer Kunden – als ich den Begriff zum ersten Mal benutzte, fand manch alter Eggenberger ihn ein wenig unpassend – am selben Ort, sie mussten aufgesucht, ins Gespräch gezogen und an

den Ludwigkirchplatz gelockt werden. Das Vehikel der Beratung war nun vielfach nicht die schriftliche, sondern die mündliche Präsentation; der Austausch mit Parlamentariern und ihrem Stab, mit Politikern und Beamten wurde zur täglichen Erfahrung und Aufgabe. Die monatlichen Jours fixes, auf denen SWP-Forscher zu jeweils einem relevanten Thema einführen, wurden zum vertraulichen Treffpunkt unserer »Kundschaft« – Abgeordnete, Fachleute aus Ministerien und Fraktionen, Fachjournalisten – mit geselligem Ausklang auf der Beletage am Ludwigkirchplatz. Alle großen außen- und sicherheitspolitischen Themen jener Jahre – und daran fehlte es, siehe unten, wahrlich nicht – wurden hier gewogen.

Dabei mussten wir lernen, trotz der räumlichen Nähe Abstand zur Kurzaktualität und zu den jeweiligen Berliner Moden zu wahren. Viele unserer Kunden wollten gern möglichst kurze und möglichst tagesbezogene Texte von uns. Mancher riet gar, künftig alle SWP-Produkte zu veröffentlichen, nicht nur die »Aktuelle«, was das Internet ohne große Kosten ermöglicht hätte. Bei jeder Krise hingen Journalisten am Telefon und forderten rasche Stellungnahmen in anderthalb Minuten.



Ich kann nicht behaupten, dass wir solchen Versuchungen immer widerstanden hätten. Aber wir bemühten uns. Dabei hielten wir an einem fest: Unser Hauptkunde war nicht die Öffentlichkeit, sondern Regierung und Parlament; für diese blieben die »Studien« als das intellektuelle Hauptvehikel der Stiftung weiterhin vornehmlich reserviert. Unser Ruf, das wussten wir, beruhte auf der Qualität unserer über den Tag hinausgreifenden Analysen; auf deren Grundlage erst konnten unsere »aktuellen« Bewertungen Gewicht erhalten. So kam die SWP in Berlin an, richtete sich ein und etablierte sich in der Hauptstadt erneut als erste Adresse internationaler Expertise. Die Chance der Erneuerung, die uns der Umzug gab, haben wir genutzt, ohne das in Ebenhausen Erlernte zu vergessen. Und als der Wissenschaftsrat im Sommer 2005 in seiner ersten Evaluierung die Stiftung geradezu zum

Modell erfolgreicher »Ressortforschung« erhob, hat uns diese offizielle Bekräftigung zwar nicht überrascht, aber doch erleichtert und mit Stolz erfüllt.

Neues Umfeld für Deutschland: Die globalisierte Welt

Das alles fiel in eine Phase dramatischer internationaler Geschehnisse und Umbrüche, die nicht nur der SWP genügend Stoff für ihre Analyse- und Beratungstätigkeit gaben, sondern sämtlich das Zeug dazu hatten, Deutschland aus der außenpolitischen Bequemlichkeit zu schütteln, in der es sich nach dem Ende des Kalten Krieges eingerichtet hatte.

Als unsere Arbeit in Berlin begann, hatte ich gehofft, das Land werde in der Hauptstadt schnell zu einem strategischen Selbstverständnis finden und sich mit dem Selbstvertrauen der vereinten Nation und führenden Wirtschaftsmacht Europas der Verantwortung für die Stärkung seiner europäischen wie atlantischen Bindungen und für die Fortentwicklung internationaler Ordnung stellen. Es war eine übertriebene, vielleicht naive Erwartung. Noch immer ist die Anpassung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik an die neuen Gegebenheiten der globalisierten Welt ein gemächliches Herantasten. Und die SWP muss sich der Frage stellen, ob sie genug unternommen hat und unternimmt, um diesen Anpassungsprozess zu beschleunigen.

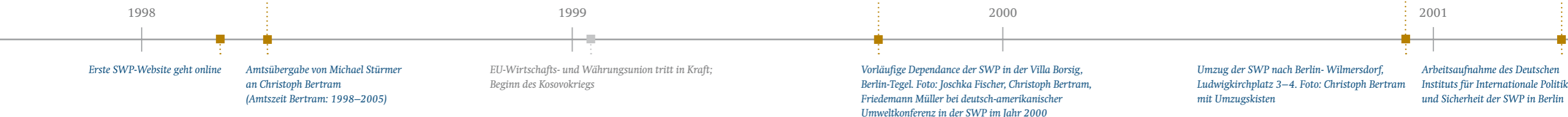
Der 11. September 2001, die Kriege in Afghanistan, Irak und Kosovo, die Dauerkrise um das Atomprogramm des Iran, die Erweiterung der EU und damit auch der Außengrenzen Deutschlands, der immer deutlichere ökonomische

und politische Gewichtszuwachs Chinas, Indiens und Brasiliens, die Unaufhaltsamkeit der Globalisierung, das sich abzeichnende Klimaproblem und die Konsequenzen der Euro-Einführung – das waren die epochenschaffenden internationalen Ereignisse und Dynamiken jener Jahre. Von Ausnahmen abgesehen wie den Iran-Bemühungen des Außenministers Fischer 2003 und der Klimapolitik der rot-grünen Regierung hat die Bundesrepublik auf diese Entwicklungen, wenn überhaupt, vornehmlich aus dem Blickwinkel der unmittelbaren Auswirkungen auf Deutschland reagiert. Die Frage, wie der internationale Ordnungsrahmen insgesamt fortentwickelt und welche Aufgaben dabei von Deutschland zu tragen wären, hat sie nicht umgetrieben.

In die Einsätze von Kosovo wie Afghanistan wurde es zunächst allenfalls aus Gründen der Bündnissolidarität gezogen, ohne den Ehrgeiz zu eigenen strategischen Konzepten, auch wenn diese Entscheidungen Kanzler



und Außenminister erheblichen innenpolitischen Mut abverlangten. Dem Irak-Krieg blieb Berlin zu Recht fern, erlag aber dann der naiven und zum Glück kurzfristigen Versuchung, mit Frankreich und Russland so etwas wie



eine Gegenfront gegen die USA bilden zu wollen. Anstatt von sich aus die Initiative zu ergreifen, den für Deutschland so zentralen westlichen und europäischen Stabilitätsrahmen gegen die Beschädigung durch die Politik von George W. Bush abzustützen, zog Berlin es vor abzuwarten, bis mit der zweiten Amtszeit dieses Präsidenten eine neue Nüchternheit in Washington eingezogen war. Ökonomische, nicht strategische Interessen bestimmten das Verhältnis zu China und Indien. Für die Einstimmung Deutschlands in die politischen Auswirkungen der Globalisierung waren es verlorene Jahre.

Wir in der SWP haben daran gelitten und immer wieder versucht, die Entscheider in Regierung und Parlament zum Handeln zu veranlassen. Über Resonanz, gar Zuspruch konnten wir uns nicht beklagen. Beratungsresistent waren unsere Kunden nicht. Aber sie blieben vielfach handlungsresistent. Zu tief saß die Erfahrung der politischen Klasse, dass die alte Bundesrepublik durch Zurückhaltung weniger riskiert und mehr erreicht hatte. Der Frage, ob das auch künftig gelte, wick man lieber aus und konzentrierte sich auf innenpolitische Themen. Die Zahl außenpolitisch engagierter Parlamentarier und Journalisten sank entsprechend.

Hätte die SWP diesen Trend wenn nicht anhalten, so doch wenigstens verlangsamen können? Das wäre über ihre Kräfte wie ihre Mission gegangen. Aber in der Rückschau frage ich mich doch, ob unsere Art der Beratung, nämlich mit großem Sachverstand Detailthemen zu analysieren und dafür der Politik Lösungsschritte zu empfehlen, nicht die Berliner Neigung noch verstärkt hat, sich mit der punktuellen Reaktion auf anstehende internationale Probleme zu begnügen und das für Außenpolitik auszugeben.

Wir lieferten, was unsere Kunden haben wollten. Aber wir hätten ihnen mehr als das liefern sollen. Wenn ich noch einmal am Ludwigkirchplatz anfangen könnte, würde ich versuchen, unsere Arbeit stärker darauf zu konzentrieren, der Politik die strategischen Zusammenhänge und die Folgen, die sich daraus für Deutschland ergeben, sichtbar zu machen.

Es ist das einzige Bedauern, das aus jenen schönen Jahren bleibt. Die Stiftung ist zum natürlichen außen- und sicherheitspolitischen Treffpunkt in Berlin geworden. Sie gilt heute in Deutschland wie in Europa als gewichtigste Forschungseinrichtung ihrer Art. Sie verdankt diese Position nicht zuletzt ihrer einmaligen Konstruktion: ein unabhängiger Ort wissenschaftlicher Arbeit, aus öffentlichen Mitteln finanziert, mit der so wichtigen wie reizvollen Aufgabe, Regierende wie Parlamentarier gleichermaßen zu beraten.

Die Bedeutung des Parlaments für die SWP wurde noch einmal offenkundig in meinem vorletzten Amtsjahr, als die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück sich zu Vorkämpfern des Subventionsabbaus in Deutschland ernannt und in ihre Liste zu stützender Mittelempfänger kurzerhand auch die SWP aufgenommen hatten. Es war allein treuen und hartnäckigen Fürsprechern im Bundestag zu verdanken, dass mit Hilfe des Haushaltsausschusses dem Unsinn ein Ende gemacht und der Dienstleister für Regierung und Parlament nicht zum Subventionsempfänger degradiert wurde.

Volker Perthes

»Forschung und Beratung aus Leidenschaft: Die SWP in ihrem fünfzigsten Jahr«

Auch seit 2005, als ich von Christoph Bertram ein wohlgeordnetes Institut übernehmen durfte, das in Berlin »angekommen« war, hat die SWP sich weiter verändert und musste dies auch, um im Kern zu bleiben, was sie seit Klaus Ritters Zeiten gewesen ist: ein Ort der Forschung und der verlässlichen Beratung zu allen relevanten Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, ein Sparringspartner für Bundestag und Regierung, der auf Grundlage seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit Inputs für politische Entscheidungsprozesse gibt, ein Institut, dessen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aber nicht nur »der Politik« in Deutschland, sondern auch der Öffentlichkeit, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern und internationalen Partnern zur Verfügung stehen, wo diese Deutung oder Rat zur deutschen und europäischen Außenpolitik und zu den Veränderungen in der internationalen Umwelt suchen. Wobei sich, und auch das haben meine Vorgänger immer erfahren, nicht nur diese Umwelt verändert, sondern auch das politische Umfeld, in dem wissenschaftliche Politikberatung stattfindet. Ein Institut wie die SWP muss beides reflektieren und die eigene Aufstellung immer wieder entsprechend justieren.



*Machtverschiebungen und Turbulenz:
Der Wandel der internationalen Umgebung*

Jede Ära in der Geschichte der SWP ist durch internationale Strukturumbrüche, Richtungswechsel bei wichtigen Partnern und natürlich durch die Krisen und Konflikte der jeweiligen Epoche geprägt worden. So bot die Wahl Barack Obamas die Chance, das transatlantische Verhältnis mit neuen Inhalten zu füllen. Viele Europäer missverstanden aber die Weltsicht und Prioritäten des neuen amerikanischen Präsidenten. Die SWP hat hier gelegentlich Aufklärungsarbeit leisten müssen – etwa mit Studien zur amerikanischen Klimapolitik oder zu den von Obama präferierten Methoden der Aufstandsbekämpfung. Immerhin,



Obama verstand, wie dies in seiner Nationalen Sicherheitsstrategie von 2010 ausgedrückt wurde, dass keine Nation, wie mächtig auch immer sie





Christian Schmidt, Anders Fogh Rasmussen, Volker Perthes, Espen Barth Eide u. a. bei Nato Review Conference 2011

sei, globale Herausforderungen alleine bewältigen könne. *Global Governance* ist heute in Washington kein Unwort mehr. Nur hieß das auch, dass die USA ihre Partner sehr pragmatisch danach auswählen würden, was diese zur Lösung gemeinsamer Probleme beitragen können und wollen, dass Europa nicht mehr im Zentrum des strategischen Interesses stehen und dass von Europa erwartet würde, selbst in stärkerem Maße internationale Verantwortung zu übernehmen.

Der offensive Schwenk amerikanischer Aufmerksamkeit in Richtung Asien – Pazifik unterstrich die raschen Gewichtsverschiebungen in der Welt und die Entstehung einer neuen Form von Multipolarität mit neuen Turbulenzen. In der SWP haben wir den Aufstieg oder Wiederaufstieg der neuen Führungs- oder, wie es heute in einem Konzept der Bundesregierung heißt, »Gestaltungsmächte«

seit Mitte des letzten Jahrzehnts immer deutlicher thematisiert – mit Blick unter anderem auf neue Handlungsspielräume und Kooperationsmöglichkeiten und auch in neu geschaffenen Dialogformaten: »GIBSA« – Germany, India, Brazil, South Africa – ist mittlerweile zu einem stehenden Begriff nicht nur für den von uns initiierten jährlichen Quadrilog geworden.

Veränderungen in Europa und seiner Peripherie haben die deutsche Politik und auch die Arbeit des Instituts immer stärker beschäftigt als Entwicklungen in Asien oder Amerika. Das gilt auch für den Aufbruch der bestehenden Verhältnisse, für die Umwälzungen, die wir seit Anfang 2011 in Nordafrika und im Nahen Osten erleben. Von ihrer Bedeutung her sind sie durchaus mit dem Systemwechsel in Zentral-, Ost- und Südosteuropa vergleichbar. Ähnlich wie zwei Jahrzehnte früher – Michael Stürmer weist in seinem Beitrag darauf hin – hatten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der SWP auch hier zuvor auf die Schwächen dieser Systeme hingewiesen, haben gewarnt, dass die sozialen und politischen Modelle der Region nicht haltbar sein würden, haben auch Bruchstellen analysiert, aber natürlich den Zeitpunkt und die Abläufe nicht »vorhergesehen«, wie Politik und Medien es gern gehabt hätten. Und wie nach dem Ende des Kalten Kriegs kann das Institut heute tagespolitisch aktuelle Beratung mit langfristig angelegter, prospektiver Forschung über die neuen gesellschaftlichen Akteure in der Umbruchregion und mit durchaus praktischer Unterstützung für schwierige Transformationsprozesse verbinden. Wenn sich im Jahre 2012 alle paar Wochen einige Dutzend syrischer Intellektueller und Aktivisten unterschiedlichster politischer Ausrichtung

am Ludwigkirchplatz treffen, um für den »Tag danach« zu planen – über Verfassung, Sicherheitssektorreform oder Übergangsjustiz nachzudenken –, dann wird in der SWP wieder einmal, im Stillen, ein kleiner Beitrag zur Geschichte geschrieben.

Nicht zu übersehen ist, dass in dieser Welt zunehmend gefragt wird, ob Europa selbst noch »Gestaltungsmacht« ist. Die EU ist durch die Finanz- und Schuldenkrise eben nicht nur wirtschaftlich erschüttert worden. Die Krise hat die Handlungsfähigkeit der Union gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik unterminiert; die EU hat an »sanfter Macht« eingebüßt, die auf der Attraktivität des eigenen Modells beruht; und Partner in der Welt schauen noch mehr als zuvor auf die größeren Nationalstaaten innerhalb der EU, nicht zuletzt nach Berlin. Die hier nur in knapper Auswahl geschilderten Entwicklungen tragen sämtlich dazu bei, dass die an Deutschland gerichteten Erwartungen wachsen und Fragen nach Führungs-, Mitführungs- und Gestaltungsfähigkeiten, die von der SWP immer

wieder thematisiert wurden, unabweisbar geworden sind. Wer hätte sich 2005 etwa vorstellen können, dass ein polnischer Außenminister in Berlin nach mehr deutscher Führung in Europa ruft?

Das Umfeld: Politikberatung in der Berliner Republik

Denn während Europa relativ an Gewicht in der Welt verliert, nimmt das relative Gewicht Deutschlands in Europa zu. Den meisten Entscheidungsträgern in Berlin ist durchaus bewusst, dass Deutschland in Europa das Schwergewicht und dass es gleichzeitig allein zu klein für die globalisierte und multipolare Welt ist, dass die Aufgabe, mehr Integration in Europa und mehr internationale Kooperation zu erwirken, auch Führungsleistungen aus Berlin fordert. Aber Führung will gelernt sein; die Akzeptanz von Verantwortung geht nicht in jedem Fall mit geschickter Kommunikation einher; und insgesamt ist für Berlin die Erfahrung noch ungewohnt, schnell im



2006

2007

2008

2009

Amtsübergabe von Christoph Bertram an Volker Perthes

Krieg zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon

Erster Germany, India, Brazil & South Africa (GIBSA) Quadrilog in der SWP

Beginn der Finanzkrise in den USA; Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon (Inkrafttreten 2009)

Hans-Peter Keitel (rechts) wird Präsident des Stiftungsrates der SWP

Russisch-Georgischer Krieg

Erste »Common Foreign and Security Policy (CFSP) Review Conference« in der SWP, die seitdem jährlich durchgeführt wird
Foto: Volker Perthes und Javier Solana

Eröffnung eines SWP-Büros in Brüssel



Volker Perthes und Klaus Ritter 1992

Mittelpunkt internationaler Kritik zu stehen, wenn es Führung ausübt. Teile der politischen und gesellschaftlichen Eliten in Deutschland fremdeln mit den Anforderungen, die an das Land gestellt werden, akzeptieren nicht unbedingt, dass eine größere Rolle auf der internationalen Bühne nicht nur eine Frage des Status, sondern auch eine der materiellen und immateriellen Ressourcen ist, die man für »das Internationale« aufbringt. Gelegentlich spricht einer wie der derzeitige Bundesverteidigungsminister dies aus, wenn er etwa darauf hinweist, dass »Pooling und Sharing« nicht dazu dient, Ressourcen einzusparen, sondern dazu, diese sinnvoller gemeinsam einzusetzen.

Neben dem Blick auf die internationale Umwelt wird deshalb für die SWP als beratendes Forschungsinstitut auch die Frage immer wichtiger werden, wie Deutschland seine

Prioritäten definiert, welche Ressourcen es einzusetzen bereit ist, wie es Außen- und Sicherheitspolitik organisiert und instrumentiert und zu gemeinsamem europäischem Auftreten beiträgt. Gleichzeitig ändert sich die Beratungslandschaft. Die gesteigerten Erwartungen an deutsche Politik, die zunehmende Geschwindigkeit globaler Entwicklungen, Krisen, die nicht nur über Staatsgrenzen, sondern auch durch verschiedene Politikfelder migrieren – man denke etwa an den Nexus von Erderwärmung, Konflikten um nutzbares Land und Migration –, sowie die Überflutung mit Informationen, nicht etwa deren Mangel, schaffen größeren Beratungsbedarf. Auf nationaler Ebene ist zudem die Zahl der Akteure, die in den Außenbeziehungen eine Rolle spielen, größer geworden. Außenpolitik, Europa und internationale Sicherheit sind schon lange nicht mehr allein die Sache des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums und des Kanzleramts. Zahlreiche Fachministerien, der Bundestag, die Länder, aber auch nichtstaatliche Akteure, allen voran die Wirtschaft, gestalten die externen Beziehungen des Landes und das internationale Umfeld mit – und brauchen dabei guten, unabhängigen Rat. Für die SWP bleibt die »Politik« – Bundestag, Regierung, die Fachleute in den Ministerien – die wichtigste Kundin. Diese hat bestimmte Vorstellungen davon, was sie an Beratung erwarten kann. Manches, was von Klaus Ritter verankert wurde, muss immer wieder neu verhandelt und verdeutlicht werden: Dass gute wissenschaftliche



Beratung natürlich politisch relevant und nützlich sein muss, gleichzeitig aber eben auch wissenschaftlich fundiert, und dass die Unabhängigkeit der Forschung von politischer Einflussnahme bei einer *policy-orientierten* Forschung noch wichtiger ist als bei klassischer Ressortforschung.

In Berlin ist mittlerweile ein veritabler Politikberatungsmarkt entstanden, in dem unterschiedlich ausgerichtete Akteure um Zeit und Aufmerksamkeit der Entscheidungsträger konkurrieren; manche benutzen dabei wie wir den Begriff der wissenschaftlichen Politikberatung. Wie berechtigt dies im Einzelfall ist, werden die so Beratenen zu beurteilen haben. Die SWP hat sich jedenfalls in den letzten Jahren darauf eingestellt, dass sie nicht der einzige Anbieter von Expertise und Rat auf diesem Markt ist, nicht einmal im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Allerdings ist die spezifische Verbindung von Wissenschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Orientierung auf politische Relevanz, die die SWP auszeichnet, sehr wohl ein Alleinstellungsmerkmal des Instituts – wichtiger als die Größe des Instituts oder die inhaltliche Breite.

Um zwei Dinge braucht ein Direktor der SWP sich darüber hinaus keine Sorgen zu machen: An Wertschätzung unserer Arbeit durch Politik, Medien und internationale Partner und am Interesse gerade jüngerer und angehender Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an einer Mitarbeit in der SWP fehlt es nicht. Die Attraktivität des Instituts mag sich nicht jedem erschließen, sie erschließt sich aber denjenigen, die mit wissenschaftlicher Neugier und Leidenschaft internationale Politik erforschen und die Ergebnisse ihrer Forschung auch ohne den Anspruch auf explizite Deklaration gedanklicher Urhebererschaft in die politischen

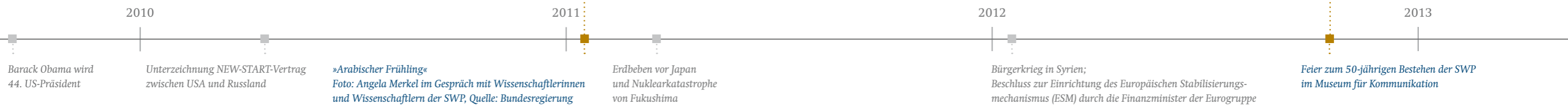
Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einfließen lassen wollen. Dies, neben manch anderem, verbindet den Geist von »Haus Eggenberg« mit dem vom Ludwigkirchplatz.

Themen, Formate, organisatorische Zuschnitte werden sich neuen internationalen Anforderungen und neuen Kommunikations- und Beratungsbedürfnissen entsprechend weiterentwickeln. Für die letzten Jahre gehörten dazu etwa eine frischere Website, ein eigenes Format für Meinungsbeiträge, ein kleines, aber renommiertes transatlantisches Post-Doc-Programm, das wir mit einem Dutzend anderer Institute auf die Beine gestellt haben, eine jährliche »Review« zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und ein Büro in Brüssel, das uns erlaubt, EU- und Nato-Überlegungen besser mitzudenken, gleichzeitig aber auch dort mehr Inputs zu geben, und eine stärkere Fokussierung auf den Umgang mit unvorhersehbaren und ihrer Natur nach unplanbaren Herausforderungen internationaler Politik.

Auch selbstkritische Fragen werden uns weiter begleiten: Gehen wir – wie auch Christoph Bertram rückblickend anmerkt – zu sehr ins Detail, und sei es, weil unsere Partner aus der Politik genau dies von uns wünschen? Hinterfragen wir die üblicherweise unhinterfragten Prämissen politischer Entscheidungen oft und inhaltlich überzeugend genug? Irritieren wir ausreichend?



Eine SWP, die nicht gelegentlich irritieren würde, wäre kein verlässlicher Sparringspartner der Politik.



Organe und Gremien der Stiftung

Vorstand

Prof. Dr. Volker Perthes

Geschäftsführender Vorsitzender

Prof. Dr. Gudrun Krämer

Institut für Islamwissenschaften
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Michael Kreile

Institut für Sozialwissenschaft
Humboldt-Universität zu Berlin

Staatssekretär Hans-Jürgen Beerfeltz

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Ministerialdirigent Dr. Karl-Ernst Brauner

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Jürgen Fitschen

Co-Vorsitzender des Vorstands der Deutsche Bank AG

Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche

Bundesministerium des Innern

Wolfgang Gehrcke, MdB

Prof. Dr. Dieter Grimm

Rektor a. D. des Wissenschaftskollegs zu Berlin

Ministerialdirektor Dr. Christoph Heusgen

Bundeskanzleramt

Wolfgang Ischinger, Allianz SE

Karl-Heinz Lather, General a. D.

Prof. Dr. Hanns W. Maull

Universität Trier

Prof. Dr. Eckard P. W. Minx

Vorsitzender des Vorstandes der Gottlieb Daimler- und
Karl Benz-Stiftung, Ladenburg

Philipp Mißfelder, MdB

Prof. Dr. Jürgen Mlynek

Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft

Kerstin Müller, MdB, Staatsministerin a. D.

Dr. Rolf Mützenich, MdB

Dr. Michael Otto

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Otto GmbH

Staatssekretär Dr. Georg Schütte

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Dr. Ludger Schuknecht

Bundesministerium der Finanzen

Dr. Rainer Stinner, MdB

Staatssekretär Rüdiger Wolf

Bundesministerium der Verteidigung

Forschungsbeirat

Vorsitzender: Prof. Dr. Hanns W. Maull

Universität Trier

Prof. Dr. Claudia Derichs

Universität Marburg

Prof. Dr. Dan Hamilton

Center for Transatlantic Relations at the Paul H. Nitze
School of Advanced International Studies (SAIS)

Prof. Dr. Andrew Hurrell

Nuffield College, University of Oxford

Prof. Dr. Michèle Knodt

Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer

Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und
Kunst, Dresden

Prof. Dr. Andreas Wenger, ETH Zürich

Prof. Dr. Reinhard Wolf

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. Christa Womser-Hacker

Universität Hildesheim

Institutsleitung

Prof. Dr. Volker Perthes, Direktor

Christoph Geisler, Stellvertretender Direktor (a. i.)

Prof. Dr. Günther Maihold

Stellvertretender Direktor (beurlaubt)

Dr. Barbara Lippert, Forschungsdirektorin




Dr. Stormy-Annika Mildner, Mitglied der Institutsleitung

Impressum

Stiftung Wissenschaft und Politik

Ludwigkirchplatz 3 – 4
10719 Berlin
Tel. +49 30 88007 – 0
www.swp-berlin.org

Folgen Sie der SWP

 facebook.com/StiftungWissenschaftundPolitik
 twitter.com/SWPBerlin
 gplus.to/SWP

Konzept und Umsetzung: united communications GmbH
Druck: DDZ Digital-Druck-Zentrum GmbH und
Buch- und Offsetdruckerei H. Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Mit freundlicher Unterstützung von



